

Argumente und Fakten zum Thema Wachstum

Was ist?

Weltwirtschaftskrise und Biokrise

Ökologische Krise und Klimawandel

Inzwischen ist es unübersehbar, die Klimakatastrophe hat begonnen. Auch der Verlust der Artenvielfalt scheint unumkehrbar und viele natürliche Stoffkreisläufe sind grundlegend gestört. Die Übersäuerung durch Stickstoff, die Allgegenwart synthetischer, schwer abbaubarer bioaktiver Substanzen wie Hormone, Gifte, Radionuklide oder der Plastikmüll in den Weltmeeren, nicht zu vergessen das ungelöste Atommüll dilemma – keine Frage, die Folgen menschlicher Wirtschaft und Zivilisation geraten fortschreitend außer Kontrolle. Die Verknappung fossiler Rohstoffe führt zu immer zerstörerischen Fördertechniken. Dies gilt nicht nur für Erdöl, sondern auch für Lithium (Batterien), Coltan (Handys) und andere Rohstoffe.

Die Folgen des Wachstums

Das alles steht im Zusammenhang mit den Auswirkungen und der Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums. Dabei ist die ökologische Krise keineswegs die einzige negative Folge der kontinuierlichen wirtschaftlichen Expansion: Wachstum im Norden (zunehmend auch in Schwellenländern) wird erkaufte mit einer nie da gewesenen Zerstörung der Umwelt, zunehmender Ungleichheit, untilgbaren Schuldenbergen, Verlust demokratisch erkämpfter Rechte, Hunger und Armut, Millionen (Klima-)Flüchtlingen, blutigen Ressourcenkriegen etc.

Ob schmutzig, nachhaltig oder grün: Hauptsache Wachstum

Trotzdem sehen die gegenwärtigen Hauptakteure in Politik, Wirtschaft und Finanzsektor das Wirtschaftswachstum als unverzichtbar an. Wer die bedrückenden ökologischen Probleme nicht mehr verdrängen will oder kann, hofft, dass mit effizienten neuen Techniken und Verfahren das Klima zunehmend weniger belastet und die Ressourcen nachhaltig genutzt werden können. Die umfassenderen Folgen und Zusammenhänge werden weiterhin ignoriert.

Sozial-ökologischer Umbau?

Qualitatives Wachstum, Grüne Ökonomie oder Green New Deal heißt das zauberhafte Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Bisher "schmutzige" Technologien sollen auf Solar- und andere erneuerbare Energien umgestellt werden. Die verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und Elektroautos sollen für "saubere" Mobilität sorgen, Kreislaufwirtschaft, der CO₂-Handel und vor allem die Steigerung der Energieeffizienz

sollen den Ausstoß klimaschädlicher Gase drastisch reduzieren. Dies alles soll uns in ein neues Zeitalter führen, wo wirtschaftlicher Fortschritt nicht mehr gleichbedeutend mit Ressourcenverschleuderung, Klimaerwärmung und dergleichen ist.

Mit diesen Konzepten werden unterschiedliche politische Erwartungen verknüpft.

- Die Regierungsparteien, aber auch Teile der SPD und der Gewerkschaften, vertreten die Ansicht, dass Wachstum Vorrang vor allem haben müsse, weil sonst Wohlstand, Arbeitsplätze, Verteilungsspielräume gefährdet seien. Zwar könnten und sollten Produktionsweisen und der Konsum etwas ökologischer werden, doch nicht grundsätzlich anders. Hauptziel bleibt der Profit. Diese Position dürfte nicht zukunftsfähig sein.
- Andere, oft in den Gewerkschaften, betonen durchaus die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus, der ihrer Ansicht nach auf der Basis erneuerbarer Energien stattfinden kann und einen absoluten Rückgang des Energie- und Ressourcenverbrauchs zum Ziel haben muss. Ihnen geht es darum, in diese Technologien zu investieren, um auf diesem Weg die Wirtschaft anzukurbeln. Sie stellen dabei die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie ein ökologischeres Produktions- und Konsummodell in den Vordergrund. Hier gibt es einen starken Glauben an technische Lösungen, denen wir eher misstrauen.
- Auch im traditionell ökologischen Lager gibt es die Vorstellung, dass das Grundmodell des modernen Kapitalismus selbst bei bedingter wirtschaftlicher Schrumpfung beibehalten werden könne. So preist die britische Green-New-Deal-Gruppe großtechnische Anlagen wie Solarthermiekraftwerke in der Sahara oder gigantische Offshore-Windparks als Investitionsfelder für die Pensionsfonds der Zukunft. Diese Position übersieht den Zusammenhang von Kapitalismus und Wachstumszwang.

Kritik des "grünen" Wachstum

Dass die Fortführung einer traditionellen Wachstumspolitik völlig verantwortungslos ist, wurde schon begründet. Wie tauglich sind aber die Konzepte der grünen Ökonomie, um den Kollaps unseres Planeten zu verhindern?

Weitgehend unbestritten ist: nur wenn es gelingt, den weltweiten Temperaturanstieg auf 2° Celsius zu beschränken, lassen sich die schlimmsten Folgen des Klimawandels vermeiden. Dafür ist es jedoch erforderlich, dass die CO₂-Emissionen bis 2050 weltweit um 50 % gesenkt werden. Für die Industrieländer bedeutet dies aufgrund ihres bisher schon überproportionalen CO₂-Ausstoßes eine Verringerung um 90 %.

Energiewende, Effizienzsteigerungen, technische Lösungen zur Reduzierung der CO₂ Emissionen etc. sind zwar wichtige Schritte, aber selbst die Ausschöpfung all unserer Effizienzpotentiale wird bei anhaltendem Wachstum nicht ausreichen, die Klimaziele zu erreichen. Wirtschaftswachstum ist von einem wachsenden Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß nicht zu entkoppeln. Die Hoffnung auf ein "grünes" oder "qualitatives" Wachstum ist eine Illusion.

Was soll sein?

Grundsätze und Ziele für eine Gesellschaft jenseits des Wachstums

Alternativen zur Überwindung der zerstörerischen Wachstumsökonomien sind zwar dringend erforderlich, sie können aber nur schrittweise entwickelt werden und müssen aus einem Prozess gesellschaftlicher Auseinandersetzung hervorgehen. Der erforderliche sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft muss demokratisch organisiert werden und das Ziel einer deutlichen Schrumpfung und Entwicklung von Produktion und Konsum hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft verfolgen. Wichtige Grundsätze und Teilziele sind dabei:

Soziale Umverteilung

Eine gerechte und solidarische Umverteilung weltweit, damit der gesellschaftliche Umbau nicht zu Lasten der Schwächsten geht, nicht in den Ländern des Südens und auch nicht bei uns. Dazu gehören die deutliche und dauerhafte Verringerung der gravierenden Unterschiede bei Einkommen und Vermögen sowie das globale Recht auf Existenzsicherung, Gesundheitsversorgung, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, weiter die Stärkung der öffentlichen Güter (Commons), weitreichende Arbeitszeitverkürzungen und Konzepte sozialer Mobilität. Ohne Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse wird das kaum möglich sein.

Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse müssen durch die Schaffung und Förderung sozial und ökonomisch gerechter und ökologisch nachhaltiger Produktions- und Lebensweisen verändert werden. Sie erfordert die Schrumpfung großer wirtschaftlicher Bereiche (zunächst in den Industrieländern) und die globale Verringerung des CO₂-Ausstoßes durch erneuerbare Energien und Rohstoffe. Die zuvor genannten Zielvorgaben zur Beschränkung der globalen Erwärmung um 2° Celsius sind mindestens einzuhalten. Zu den vorrangigen Elementen bei diesen Umbauprozessen gehören die nachhaltige Produktion von Nahrungsgütern, Regionalisierung und Zusammenführung von Lebens- und Wirtschaftszusammenhängen mit allen Modellen solidarischer Wohn- und Wirtschaftsformen.

Erneuerung der Demokratie

Die notwendigen Umwälzungen erfordern die partizipative Erneuerung der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich der Wirtschaft. Dem stehen die gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Form von ökonomischen Eigentums- und Verfügungsstrukturen entgegen. Eine wachstumskritische Praxis muss die Überwindung der Blockade sozialer und ökologischer Zielsetzungen durch Profitinteressen deshalb als vorrangige Aufgabe verstehen. Wichtige Elemente sind dabei zunächst neben einer generellen Entschuldung der öffentlichen Haushalte die (Wieder-)Vergesellschaftung der Versorgung mit Wasser, Strom und Gas sowie die Entmachtung und Regulierung des Finanzsektors.